

Bürgerliche Politik in Umbruchszeiten. Ein Nachruf auf Wolfgang Gerhardt (1943–2024)

Thomas Volkmann

Wolfgang Gerhardt, der im September 2024 verstorbene ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP sowie Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hätte im Juni 2025 den dreißigsten Jahrestag seiner Wahl zum Parteivorsitzenden feiern können. In der Rückschau erkennt man im politischen Wirken dieses liberalen Spitzenpolitikers eine tiefe Verwurzelung in einer liberalen Bürgerlichkeit, die sein Handeln maßgeblich bestimmt und geprägt hat und die mit seinem Tod ein Stück weit aus der nachfolgenden liberalen Politikergeneration verschwunden ist.

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die bürgerlich-liberale Haltung Gerhardts in der jeweiligen Funktion förderlich für den gelegentlich kriselnden politischen Liberalismus in Deutschland war. Ausgehend von der 1995 erlangten Spitzenposition in der FDP wird in den einzelnen Kapiteln zunächst auf die in Kindheit und Jugend wirksamen Prägungen im mittelhessischen bürgerlich-bäuerlichen Milieu zurückgeschaut, die den Weg Gerhardts in die Politik, und dann auch in der Politik beeinflusst haben. Die nachfolgenden Kapitel zeigen die Entwicklung Gerhardts auf der Basis des bürgerlichen Bildungsideals, zum einen in seiner thematischen Spezialisierung in der Ausbildung, als auch in seiner politischen Schwerpunktsetzung zunächst als Mitarbeiter, dann als junger Politiker. In den weiteren Abschnitten geht es um die vorrangige parlamentarische Beschäftigung Gerhardts mit bürgerlichen Themen – Bildung, Innere Sicherheit, Bürgerrechte, Kultur und Wissenschaft – sowie seine sich im Lauf der Jahre beständig weiterentwickelnde spezielle, von bürgerlichen Tugenden bestimmte Art, Politik zu betreiben. Insbesondere Gerhardts Auffassung von Freiheit in der Bürgergesellschaft – als Freiheit und Verantwortung – steht dann im Fokus der Kapitel zu seiner Zeit an der Spitze von Partei und Bundestagsfraktion und besonders an der Spitze der Friedrich-Naumann-Stiftung, die sein politisches Leben abrundete.

1. Die Wahl zum FDP-Bundesvorsitzenden

Als die FDP sich am zweiten Juni-Wochenende 1995 in der Mainzer Rheingoldhalle zu ihrem Bundesparteitag traf, hatte sie turbulente Wochen und Monate hinter sich. Nach dem mit 6,9 Prozent schlechten Ergebnis der Liberalen bei der Bundestagswahl 1994 (nach 11 Prozent bei der Wahl 1990), nach zum Teil ebenfalls sehr mäßigen Ergebnissen bei Wahlen in den Bundesländern und angesichts eines zunehmenden Ansehensverfalls der schwarz-gelben Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl war der Bundesvorsitzende der FDP, Bundesaußenminister Klaus Kinkel, hart kritisiert worden. „Wir brauchen erst mal eine schonungslose Analyse, weshalb die FDP Profil, Eigenständigkeit und Existenzberechtigung verloren hat“, hatte zum Beispiel die linksliberale Grand-Dame der FDP, Hildegard Hamm-Brücher, im Vorfeld des Geraer Parteitags im Dezember 1994 gesagt.¹ Und der brandenburgische FDP-Landesvorsitzende Paepke hatte gegenüber der „Berliner Zeitung“ geäußert, spätestens im Sommer nächsten Jahres solle Kinkel als FDP-Chef zurücktreten: „Wir brauchen einen Bundesvorsitzenden, der genügend Zeit hat, um die Partei wieder auf Vordermann zu bringen.“² Die Aussprache auf dem Geraer Parteitag war hart; Kinkel sah sich gezwungen, eine (in der Parteisatzung nicht vorgesehene) „Vertrauensfrage“ zu stellen und gewann diese. Beim Bundesparteitag in Mainz ein halbes Jahr später trat er dann nicht mehr für den Vorsitz an.

Nun wurde eine Persönlichkeit gesucht, die die FDP aus der Agonie des Bundestagswahlergebnisses und aus den Streitereien um den zukünftigen Kurs und die politische Ausrichtung in eine bessere Zukunft führen konnte. Der dort neugewählte Generalsekretär Guido Westerwelle hatte auf dem Bundesparteitag in Gera im Dezember 1994 die Delegierten mit einer mutigen, auch kritischen Rede überzeugt und in gewisser Weise einen Weg vorgezeichnet, indem er sagte: „Auf lange Sicht wird die FDP von innen austrocknen, wenn sie jetzt nicht die Konsequenzen als erneuerte Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei zieht, die aus eigener Kraft gewählt werden will.“³

Wolfgang Gerhardt, seit 1982 jeweils Stellvertreter der FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, Martin Bangemann, Otto Graf Lambsdorff

1 Berliner Zeitung, 10.12.1994. <<https://www.berliner-zeitung.de/auf-dem-sonderparteitag-in-gera-muss-sich-klaus-kinkel-massiver-kritik-der-basis-stellen-fdp-fuehrung-steht-am-pranger-li.20202>> (9.6.2025).

2 Ebd.

3 Reden von Dr. Guido Westerwelle. Hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Berlin 2022, S. 65.

und Klaus Kinkel, wurde am 10. Juni 1995 in dieses Amt gewählt. Welchen politischen Weg war er bis dahin gegangen?

2. Politische Anfänge

1965, mit 21 Jahren und noch mitten im Studium, war Wolfgang Gerhardt der FDP beigetreten. Zunächst hatte er sich in der Hochschul- und Jugendpolitik engagiert, 1967/68 als Landesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) und stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD) in Hessen, wo er sich damals den Ruf eines „eher Linksliberalen“ erworben hatte. Eine Einschätzung, für die es keine Zitate oder direkten Quellen gibt, die aber aufgrund der politischen Ausrichtung von LSD und DJD in jenen Tagen plausibel ist.⁴ Von 1969 an hatte er als Leiter des Regionalbüros in Hannover bei der Friedrich-Naumann-Stiftung gearbeitet, war dann 1971 als persönlicher Referent des Ministers Hanns-Heinz Bielefeld ins hessische Innenministerium gewechselt, wo er unter dessen Nachfolger Ekkehard Gries das Ministerbüro geleitet hatte.⁵

Für Gerhardt als „homo politicus“ war der Weg in die aktive Politik damit vorgezeichnet und das Rüstzeug war erworben. Nach einer erfolglosen Kandidatur 1974 im Wahlkreis 15/Fulda-Nord und Vogelsbergkreis-Ost und auf der FDP-Landesliste (Platz 13) zog er nach der Landtagswahl 1978 in den Hessischen Landtag ein. Schnell erwarb er sich den Ruf als guter Debattenredner und Fachpolitiker; bald gehörte er dem Innen- und Kulturpolitischen Ausschuss des Landtags an. In der damals aus sieben Personen bestehenden Landtagsfraktion gab es zudem viele Möglichkeiten, sich als politischer Generalist einer Regierungsfraktion einzubringen und weiterzuentwickeln.

Wolfgang Gerhardt sollte in seiner politischen Arbeit in Hessen schnell an Bedeutung gewinnen, und die politische Lage im Land wirkte dabei wie ein Beschleuniger. Die sozialliberale Koalition hatte nach der Wahl 1978 mit zusammen 50,9 Prozent der Stimmen ihre Arbeit fortsetzen können, wobei die SPD gegenüber 1974 leicht dazugewonnen, die FDP aber leicht an Stimmen verloren hatte. Die Koalitionsverhandlungen waren nach Aussage des Minis-

4 So bei Jürgen W. Falter: Der beste Außenminister, den Deutschland nie hatte. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt. Hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Berlin 2024, S. 454–463, hier S. 456.

5 Siehe Ludwig Luckemeyer: Liberale in Hessen 1848–1980. Melsungen 1980, S. 354.

terpräsidenten Holger Börner „solidarisch im Stil, aber hart in der Sache“ verlaufen⁶.

Die erste Parlamentsrede Gerhardts betraf das Thema „Straßenterror in Frankfurt/Main am 25.11.1978“. Hintergrund war, dass an diesem Tag bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien und die Militärregierung im Iran in Frankfurt über 300 Menschen verletzt worden waren, darunter allein siebenzig Polizeibeamte – eine nicht so einfache Aufgabe, war Gerhardt doch zuvor Mitarbeiter des Innenministers gewesen. Weitere (frühe) Reden Gerhardts im Parlament beschäftigten sich mit der Ausländer- und Asylpolitik, wo insbesondere die CDU auf Verschärfungen drängte, aber auch mit Reformen in der Hochschulpolitik.

Konfliktpotenzial in der hessischen Koalition entstand spätestens ab 1980 mit der Diskussion um den Neubau der „Startbahn West“ des Frankfurter Flughafens, die in der hessischen Gesellschaft, aber auch in der SPD stattfand, wo es einige ablehnende Stimmen gab. Die FDP-Fraktion im Landtag hatte sich klar für die Startbahn ausgesprochen, allerdings gab es in der Landespartei auch andere Meinungen.⁷

In der hessischen FDP wurde nach der Kommunalwahl im März 1981, die für die Partei keine „berauschenden“⁸ Ergebnisse brachte, zunehmend über Koalitionsfragen diskutiert, wobei einige der Repräsentanten für ein Offenhalten der Koalitionsfrage, andere für eine Beibehaltung der Koalitionsaussage zugunsten der SPD plädierten. Auf einem Landesparteitag im März 1981 machte der Landesvorsitzende Ekkehard Gries „die Bemerkung, dass die Distanz der FDP zur CDU und SPD gleich groß sei“⁹ – ein klares Signal der Umorientierung der FDP. Es wurde allerdings vereinbart, die Koalitionsdiskussion bis zum nächsten Parteitag im Juni 1981 zu verschieben.

Auf diesem Parteitag befürwortete Gries dann eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU zur „Lösung unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Schwierigkeiten“ und vertrat die Auffassung, „dass SPD und FDP zur Lösung dieser wichtigen Probleme nicht mehr übereinstimmen“.¹⁰ Der Parteitag stimmte mit 169 zu 129 Stimmen für den Antrag des Landesvorstands – allerdings führte diese Entscheidung auch zu Unmut bei einigen Mitgliedern und zu „erheblichen Emotionen“.¹¹

6 So zitiert bei Wolfgang Staudt: *Liberale in Hessen seit 1945*. Wiesbaden 1996, S. 109.

7 Dazu ebd., S. 114.

8 Ebd.

9 Ebd., S. 116.

10 Zitiert ebd., S. 116 f.

11 Jürgen Dittberner: *Die FDP*. Wiesbaden 2005, S. 61, insb. Anm. 68.

Der Effekt der hier getroffenen Entscheidung war ein klarer Imageschaden der FDP – nicht nur in Hessen: „Seit der Entscheidung der hessischen Liberalen für eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU hatte sich in der Öffentlichkeit ein Bild von der FDP als opportunistische, machtbesessene und nur nach taktischen Gesichtspunkten handelnde Partei etabliert. Das schlug auf die Bonner Koalition zurück, das Klima zwischen den beteiligten Personen wurde von Tag zu Tag frostiger.“¹² Im August 1982 erklärte Otto Graf Lambsdorff, „die Hessen-Wahlen würden der Test für eine Wende der FDP hin zur CDU werden.“¹³

Die Landtagswahl fand im Oktober 1982 statt, zwei Wochen nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition in Bonn. Die FDP war in der geschilderten Meinungslage chancenlos und verpasste deutlich den Wiedereinzug ins Parlament. Zusätzlich zu den geschilderten Differenzen über den Koalitionskurs in Hessen und in Bonn verschärfte das zwischenzeitliche parlamentarische Aus der FDP die Stimmungslage in der Partei. Ekkehard Gries übernahm die politische Verantwortung und trat als Landesvorsitzender zurück. Nun wurde jemand gesucht, der den Landesverband der FDP einigen und aus der Krise holen konnte.

Wolfgang Gerhardt hatte sich – nimmt man die dokumentierten öffentlichen Äußerungen zum Maßstab – im Streit um die Koalitionsaussage nicht öffentlich exponiert. Nun erklärte er sich bereit, den Vorsitz der hessischen FDP zu übernehmen. Er wurde gewählt, „nicht zuletzt, weil er in dieser schwierigen Situation den Mut aufbrachte, Verantwortung für den weiteren Weg des hessischen FDP-Landesverbandes zu übernehmen“¹⁴ und stand nun, wie er später in einem Interview selbst sagte, vor der Aufgabe, „die Partei mit großer persönlicher Kraftanstrengung aus dem Sumpf zu ziehen“¹⁵.

Der Beginn war durchaus schwierig, und es war, in den Worten von Ruth Wagner, die nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag in der „Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft“ mitwirkte, „nicht unproblematisch, und manchmal auch ärgerlich, dass der neue Landesvorsitzende Dr. Gerhardt in den Medien damals noch relativ unbekannt gewesen war und alle immer nach Ekkehard Gries und seinen Einschätzungen gefragt hätten“¹⁶.

Gerhardt und seine Unterstützerinnen und Unterstützer versuchten, die FDP „im politischen Leben Hessens und in der Landeshauptstadt Wiesbaden

12 Staudt: Liberale (wie Anm. 6), S. 119.

13 So dargestellt bei Dittberner: Die FDP (wie Anm. 11), S. 62.

14 Staudt: Liberale (wie Anm. 6), S. 123.

15 Zit. nach ebd.

16 Zit. nach ebd., S. 125 f.

präsent“ zu halten¹⁷. Dies gelang, auch bekräftigt durch die Entwicklungen im politischen Bonn, wo die FDP bei der Bundestagswahl im März 1983 klar den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffte. Und auch in Wiesbaden zeichnete sich bald ab, dass es Neuwahlen geben würde: Die Landtagswahlen 1982 hatten keine regierungsfähige Mehrheit erbracht und Ministerpräsident Holger Börner (SPD) war nur geschäftsführend im Amt.

Nach der Neuwahl im Oktober 1983 kehrte die FDP – die im Wahlkampf mit dem Slogan geworben hatte: „Hessen muss regierbar werden! Hessen braucht einen entscheidungsfähigen Landtag“¹⁸ – mit 6,5 Prozent der Stimmen ins Parlament zurück. Gerhardt hatte, noch ganz am Anfang seiner politischen Karriere, viel riskiert und gewonnen. Nun führte er ab 1983 die Fraktion in Hessen als ihr Vorsitzender an und stand an vorderster Stelle gegen die Regierung aus SPD und Grünen, die mit sich selbst fast genauso viel zu kämpfen hatte wie mit der Opposition. „Die hessische FDP“, so schrieb ein Weggefährte aus diesen Zeiten, „erwarb sich durch Wolfgang Gerhardt das Prädikat einer seriösen und wirkmächtigen Opposition gegen Rot-Grün“.¹⁹ Das lag nicht zuletzt auch am Führungsstil Gerhardts: „Das persönliche Klima zwischen den einzelnen FDP-Mandatsträgern galt als ausgesprochen gut und die Übereinstimmung in den Sachfragen war groß.“²⁰

Im Februar 1987 zerbrach die rot-grüne Koalition in Hessen, die ohnehin „auf sehr wackeligen Beinen“ gestanden und sich als „Konfliktbündnis“ geriert hatte, an internem politischem Streit, bei dem es vor allem um die Zukunft der Hanauer Nuklearbetriebe Alkem gegangen war.²¹ Die Strategie der FDP hatte „im Wesentlichen auf Sach- und Stilkritik des rot-grünen Bündnisses“ gezielt, und speziell „in der Frage der Kernenergienutzung bemühte sich Gerhardt um einen moderateren, nachdenklicheren Ton als die CDU“.²²

Bei der Wahl im April 1987 erreichten CDU und FDP gemeinsam eine regierungsfähige Mehrheit. Wolfgang Gerhardt wurde Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund und zugleich Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Wallmann. Es gelang, „Wissenschaft, Kunst und Kultur als Wachstumsbereiche im Regierungsprogramm zu verankern und Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen“²³ – ein

17 Ebd.

18 Zitiert ebd., S. 127.

19 Hans-Joachim Otto: Präzise Analysen und überzeugende Sacharbeit. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt (wie Anm. 4), S. 156 f., hier S. 157.

20 Staudt: Liberale (wie Anm. 6), S. 130.

21 Zitate ebd.

22 Ebd., S. 132.

23 Ebd.

deutliches Zeichen der Handschrift Gerhardts, dem es als Wissenschaftsminister auch gelang, „zusätzliche Mittel in großem Umfang für seinen Modernisierungskurs freizumachen“.²⁴ Allerdings verloren bei der darauffolgenden Landtagswahl 1991 CDU und FDP dennoch ihre Mehrheit, Gerhardt schied aus der Landesregierung aus und übernahm erneut die Funktion des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion.

Insgesamt lässt sich die Zeit Wolfgang Gerhardts an der Spitze der hessischen FDP als Konsolidierung nach der Krise des Jahres 1982 beschreiben, nicht nur mit der Rückkehr in den Landtag, sondern auch mit der Regierungsbeteiligung 1987. So urteilt der Politikwissenschaftler Theo Schiller: „Die FDP Hessen stellt sich seit Mitte der 1980er Jahre nach Struktur und Funktion im Parteiensystem als eine relativ stabile Größe dar. Sie ist und war fest im bürgerlichen Lager mit der CDU verankert und versteht sich als ‚liberales Korrektiv‘ mit einer stark wirtschaftsliberalen Ausrichtung.“²⁵

3. Regionale Verwurzelung

Der Karriereweg Wolfgang Gerhardts in der Politik ist deutlich von seiner Heimatverbundenheit, von seiner tiefen Verwurzelung in Hessen geprägt. Am Silvestertag 1943 war er in der kleinen hessischen Gemeinde Helpershain im Vogelsberg zur Welt gekommen. Seinen Vater, einen Berufssoldaten, der 1944 im Krieg getötet worden war, hat er nie kennengelernt. Seine Mutter und seine Großeltern waren die entscheidenden Personen in seiner Kindheit und Jugend. Sie ermöglichten ihm eine schulische Ausbildung und danach ein Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik in Marburg, das er mit der Promotion zum Dr. phil. abschloss.

Bei aller Heimatverbundenheit war Wolfgang Gerhardt auch in jungen Jahren und in seinen politischen Anfangszeiten allerdings nicht auf regionale Ansätze und Themen beschränkt. Befragt nach seinen politischen Grundlagen, antwortete er nach dem Ende seiner politischen Karriere,

„schon in seinen ersten Jahren in der Politik habe ihn Ralf Dahrendorf als der große liberale Vordenker fasziniert. Politisch imponiert habe ihm vor allem die Position des FDP-Mitbegründers Hans Wolfgang Rubin, einer der sogenannten Jungtürken in der nordrhein-westfälischen FDP und Befürworter einer neuen Ostpolitik. [...] Inhaltlich motiviert zum politischen Engagement habe ihn die

24 Ebd.

25 Theo Schiller: Die FDP Hessen im bürgerlichen Koalitionslager. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Wiesbaden 2008, S. 142–160, hier S. 142.

Einsicht, dass die Bundesrepublik Deutschland eine neue Ostpolitik brauche, dass sie sich längerfristig durch das Beharren auf der Hallstein-Doktrin international isolieren werde und dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Ostpolitik sei.“²⁶

Die kurze Entfernung vom heimatlichen Ort im Vogelsberg zur damaligen DDR-Grenze mag dieses Bewusstsein für die Notwendigkeiten einer neuen Deutschlandpolitik geschärft haben, das sich in seiner Rede im Bundesrat am 10. November 1989, am Tag nach dem Mauerfall, spiegelte. „Die gestrige Nacht“, so Gerhardt, „hat deutlich gemacht, dass Grenzen ihre Bedeutung in der Zukunft verlieren werden. Wenn Grenzen ihre Bedeutung verlieren, sollte über Grenzen nicht mehr diskutiert werden.“²⁷

Bereits in seinen Anfängen als aktiver Politiker stand auch die liberale Bildungspolitik im Zentrum seiner Aufmerksamkeit. „Die bildungspolitische Diskussion in der FDP 1945 bis 1951“ war schon Thema seiner Dissertation gewesen. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Familiengeschichte war Bildung sicherlich ein Lebensthema Gerhardts im Sinne einer Chancengesellschaft und des Dahrendorf-Satzes von der „Bildung als Bürgerrecht“, auf den er sich direkt bezieht, wenn er schreibt: „Das Bürgerrecht auf Bildung gehört laut Ralf Dahrendorf [...] zu den modernen ‚civil rights‘. Es sollte deshalb durch die, die es besitzen und es in Anspruch nehmen können, nicht vergeudet werden. Bildung ist unser Pass für die Zukunft, sie ist der Ressourcenspender für die Chance zu selbstbestimmtem Leben.“²⁸

Die regionale und die familiengeschichtliche Verwurzelung gab dem politischen Wirken Gerhardts eine Stringenz in Themen und Überzeugungen, die er bis zum Ende seiner Tätigkeiten beibehielt und die ihm nutzte, ihm Glaubwürdigkeit vermittelte und Respekt eintrug. „Man muss zwar immer den Rückspiegel im Auge behalten, aber auch durch die Frontscheibe nach vorne blicken. Dennoch: Das Dorf bleibt in irgendeiner Weise eine Art Quellcode meines Lebens“, schrieb er später in privaten, unveröffentlichten Erinnerungen.²⁹

26 So Falter: Der beste Außenminister (wie Anm. 4), S. 455.

27 „Zur deutschen Wiedervereinigung“, 10.11.1989. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt (wie Anm. 4), S. 105–107, hier S. 106.

28 Wolfgang Gerhardt: Freiheit, Fairness, Chancen – Zum normativen Profil liberaler Politik. Hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Potsdam 2015, S. 12.

29 Wolfgang Gerhardt: Vogelsberger Erinnerungen. Wiesbaden, unveröffentlicht.

4. Bundespolitische Ambitionen

Zu Beginn der 1990er Jahre richtete sich das Augenmerk Wolfgang Gerhardts verstärkt auf bundes- und europapolitische Zusammenhänge. Seit 1982 Mitglied im FDP-Bundesvorstand und seit 1985 Stellvertretender Bundesvorsitzender hatte er nun „für sich und mit der Partei entschieden [...], seine weitere politische Laufbahn in Bonn fortzusetzen“.³⁰ Nach drei Jahren erneuter Amtszeit als Vorsitzender verließ er die hessische Landtagsfraktion und zog nach der Bundestagswahl 1994 über die hessische Landesliste als Abgeordneter ins Bonner Parlament ein. Dort übernahm er den Themenbereich der Bildungs- und Forschungspolitik.

Gerhardts Einstieg in die Bundespolitik erfolgte in durchaus schwierigen Zeiten. Die FDP hatte bei der Bundestagswahl 1994 ein Ergebnis von 6,9 Prozent erzielt und erneut den Einzug in das Parlament geschafft. Die Kritik an der Parteiführung war allerdings lauter geworden und kulminierte im schon erwähnten Bundesparteitag im Dezember 1994 im thüringischen Gera, infolge dessen der damalige FDP Vorsitzende Klaus Kinkel mitteilte, nicht erneut für das Amt zu kandidieren.

5. Der Weg an die Parteispitze

Der Parteitag in Gera hatte schwerwiegende Auswirkungen für die FDP. Zum einen war die in der Partei schon grassierende Unzufriedenheit mit der politischen Lage, aber speziell mit der Situation der FDP in der Regierungskoalition überdeutlich geworden. In Serie war die FDP bei den Wahlen 1994 aus den Landesparlamenten ausgeschieden, zum Teil mit desaströsen Ergebnissen, speziell in den neuen Bundesländern. Und auch die Bundestagswahl war nur mit einem schlechten Ergebnis und nach einer Kampagne gut gegangen, über die Generalsekretär Westerwelle später sagte, „nur mit der Faust in der Tasche“ habe er im Wahlkampf den Slogan ertragen: ‚FDP wählen, damit Helmut Kohl Kanzler bleibt‘.³¹ Zum anderen war mit eben Guido Westerwelle eine starke Persönlichkeit, für viele vielleicht sogar ein Hoffnungsträger, auf der Bildfläche erschienen. Zum Dritten brauchte die FDP einen neuen Vorsitzenden.

Hatte auch die Rede des neuen Generalsekretärs zur Befriedung des Parteitags beigetragen, so gab es doch weiterhin Diskussionen, manchmal auch

30 Staudt: Liberale (wie Anm. 6), S. 140.

31 Zitiert nach: Nie wieder kleinmachen. In: Der Spiegel 3/1998 vom 11.1.1998: <<https://www.spiegel.de/politik/nie-wieder-kleinmachen-a-7de9546a-0002-0001-0000-000007809442>> (9.6.2025).

Streit über die weitere politische Ausrichtung. Der so genannte „Freiburger Kreis“, in dem sich die Bürgerrechtsliberalen um Gerhart Baum versammelt hatten, forderte politische Kurskorrekturen und Abgrenzung vom Koalitionspartner CDU/CSU. Eine erstarkende Gruppe so genannter Nationalliberaler verlangte ziemlich genau das Gegenteil, nämlich eine stärkere Rückbesinnung auf liberal-konservative Werte. In dieser Situation brauchte es einen Vorsitzenden, der diesen aufkommenden Richtungsstreit nicht nur moderieren, sondern auch gestalten konnte. Entsprechend gewann Wolfgang Gerhardt beim Bundesparteitag 1995 in Mainz die Abstimmung gegen den führenden Liberalen aus Nordrhein-Westfalen, Jürgen Möllemann, deutlich. Grund dafür war sicherlich auch seine schon bewiesene Fähigkeit, unterschiedliche Interessen und Auffassungen konstruktiv zusammenzuführen, wie er es auch selbst betonte:

„Angesichts unserer eigenen Geschichte, des Pendelausschlags deutscher Politik, ist der Zwang zur Mitte hin notwendiger und unentbehrlicher Bestandteil der Politik der Liberalen, und er ist für unser Land notwendig. Gerade jetzt, wo es noch mehr zusammenwachsen muss, darf die Politik nicht von den Rändern her bestimmt werden.“³²

Die Delegierten des Parteitages wussten, was sie bekommen würden, wenn sie Wolfgang Gerhardt ihre Stimme gaben. „Ich kann mich nicht verändern, ich werde ein Vorsitzender sein, der überlegt, der nachdenkt und der nicht nur jeden Tag da sein will, sondern da sein muss, damit die Botschaft der FDP präzisiert wird, und zwar dauerhaft präzisiert wird“, hatte er bei seiner Vorstellungsrede auf dem Bundesparteitag gesagt.³³ Hier spiegelt sich das, wofür er schon bekannt war und was seine weitere Zeit in unterschiedlichen politischen Ämtern prägen sollte: Eine gewisse Bedächtigkeit, eine Nachdenklichkeit, die jedoch möglicherweise in der aufgeheizten Situation, in der die Liberalen sich damals befanden, sogar gewünscht war.

6. Herausforderungen als Parteivorsitzender

In seinen sechs Jahren als Bundesvorsitzender der FDP hatte Gerhardt einige schwierige Situationen und Herausforderungen zu bewältigen. Dies begann schon kurz nach seiner Wahl mit dem Ausgang des Mitgliederentscheids

32 Rede auf dem Bundesparteitag 1995 in Mainz, zitiert nach Staudt: *Liberaler* (wie Anm. 6), S. 150.

33 Rede zur Kandidatur als Bundesvorsitzender der FDP, 10.6.1995. In: *Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt* (wie Anm. 4), S. 170–177, hier S. 174.

der FDP zum so genannten „Großen Lauschangriff“, bei dem eine Mehrheit für die Einführung von Mitteln der technischen Wohnraumüberwachung gestimmt hatte. Wolfgang Gerhardt befand sich in einem politischen Dilemma: Zum einen musste er den Bestand der Regierungskoalition und die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner CDU/CSU sichern, der in dieser Frage eindeutig festgelegt war. Zum anderen musste er verhindern, dass die Bürgerrechtsliberalen in der FDP sich durch die Entscheidung an den Rand gedrängt fühlten. „Freiheit stirbt auch zentimeterweise, wenn Kriminalität Menschen Angst macht und den Staat resignieren lässt“, sagte Gerhardt auf dem Dreikönigstreffen der FDP 1996,³⁴ wenige Wochen, nachdem die liberale Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wegen der Entscheidung zum „Großen Lauschangriff“ von ihrem Amt zurückgetreten war.

Ein weiterer Problempunkt war der Zustand der christlich-liberalen Regierungskoalition im Bund. Gemeinsam mit dem ebenfalls aus Hessen stammenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, musste Gerhardt die Arbeit der immer stärker von Verschleißerscheinungen geprägten schwarz-gelben Bundesregierung am Laufen halten. Die Landtagswahlen 1995 waren für die FDP wechselhaft ausgefallen: Im Februar in Hessen hatten die Liberalen 7,4 Prozent erreicht; im Mai in Nordrhein-Westfalen und in Bremen hatten sie den Einzug ins Parlament verfehlt, und auch in Berlin war die Partei im Oktober – bei der ersten Landtagswahl unter Gerhardts Verantwortung als Bundesvorsitzender – an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die lange Serie von Wahlniederlagen hatte eine lange Reihe frustrierter und verärrter ehemaliger Mandatsträger mit sich gebracht. „Erst der auch persönliche Fall so vieler ins politische Aus nach der Wahlkaskade 1994/95 hatte manche FDP-Mitglieder aufgeweckt. Viele waren seitdem auf der Suche nach aktuellen liberalen Zielen der Gegenwart“, schrieb ein Beobachter.³⁵

Angesichts dieses Befundes insistierte Gerhardt in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender im Januar 1996 auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart: „Die FDP will den Erfolg der Koalition. Wir sind ein zuverlässiger Partner, aber wir legen Wert auf die Erkennbarkeit unserer Ziele und unserer Erfolge“. Das strahlte offensichtlich auch auf die Bundesländer aus, denn bei den im Frühjahr 1996 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein konnten unerwartet gute Ergebnisse mit zum Teil deutlichen Zugewinnen gefeiert werden. Natürlich war dies auch durch gute Voraussetzungen für die FDP in den drei Ländern begründet: In Baden-Württemberg konnte eine Stärkung der FDP die Ablösung der

34 Rede am 6.1.1996. In: Ebd., S. 206.

35 Dittberner: Die FDP (Anm. 11), S. 104.

ungeliebten Großen Koalition bewirken, in Rheinland-Pfalz die Stimme für die FDP die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition trotz Schwächelns der SPD bringen, und in Schleswig-Holstein würde die FDP möglicherweise in Regierungsverantwortung kommen (was letztlich aber nicht gelang). Zudem verfügte die FDP bei dieser Wahl in allen drei Landesverbänden über prominente und beliebte Spitzenkandidaten.

Nach den schwierigen Jahren 1994 und 1995 sah es nun also deutlich besser für die Partei aus. Gerhardts charakteristische Art der Führung – das Nachdenkliche und Abwägende – zeigte sich, als er trotz der Wahlerfolge mahnte: „Meine Damen und Herren, wir sind nach dem 24. März nicht überheblich. Wir sind auch nicht marktschreierisch. Wir dürfen aber zuversichtlich sein. Wir wollen argumentativ sein. Wenn wir ein Stück Bescheidenheit im Auftreten haben, nutzt das der gesamten Freien Demokratischen Partei.“³⁶

Beim Bundesparteitag in Gera 1994 war auch eine Kommission für den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms eingesetzt worden. Gerhardt überließ seinem Generalsekretär Guido Westerwelle die Steuerung der Gruppe, die den Auftrag hatte, die FDP inhaltlich, strategisch und personell auf die zu erwartenden Stürme des sich abzeichnenden Endes der „Kohl-Ära“ einzustellen: Das Ergebnis, die „Karlsruher Thesen“, wurde dann auf dem Bundesparteitag 1997 als „Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft“ noch weiter verdichtet.³⁷ In diese Überlegungen zu einer politisch eigenständigeren Zukunft der FDP platzte im April 1997 die Ankündigung Helmut Kohls, bei der Bundestagswahl im Jahr darauf erneut für das Kanzleramt zu kandidieren. Eine personelle und inhaltliche Neuausrichtung der Union, wie sie viele in der FDP für notwendig hielten, um bei der Wahl gemeinsam erfolgreich sein zu können, war also nicht zu erwarten. Und SPD und Grüne hatten bereits sehr öffentlichkeitswirksam bekundet, nach der Wahl zusammen regieren zu wollen. „Eigentlich bleibt Gerhardt und den anderen Liberalen gar nichts anderes übrig, als in Treue fest zu Kohl zu stehen“, schrieb der „Spiegel“ dazu.³⁸ In der Tat war der Wille nach politischer Gestaltung bei den Liberalen erkennbar größer als eine mögliche Sehnsucht nach der Opposition. Die Erklärung des Kanzlers zur Kandidatur werde von der FDP „als Bereitschaft zur Fortsetzung der notwendigen Reformpolitik gewertet“, erklärte Gerhardt dann auch am

36 Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Karlsruhe, 8.6.1996. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt (wie Anm. 4), S. 214–237, hier S. 237.

37 Dazu Hans-Jürgen Beerfeltz: Vorfahrt für Freiheit. Die Verbreiterung der FDP durch programmatische Substanz seit den Wiesbadener Grundsätzen 1997. In: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.): Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus. Stuttgart/Leipzig 2008, S. 114–151, hier S. 120 ff.

38 Gerhardt: Vogelsberger Erinnerungen (wie Anm. 30).

Tag nach der Ankündigung Kohls auf einem Landesparteitag der FDP.³⁹ In einer Presseerklärung vier Tage danach forderten Gerhardt als Parteivorsitzender und Hermann Otto Solms als Fraktionsvorsitzender „neue Dynamik für Reformen“ und wurden dabei indirekt zitiert: „Die Bereitschaft von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, 1998 erneut für dieses Amt zu kandidieren, schaffe Klarheit, sei alleine aber keine Garantie für einen Wahlerfolg der Koalition“⁴⁰. Schon Anfang 1997 hatte Gerhardt die Lage skeptisch eingeschätzt: „Allgemein herrschen derzeit im Lande eher Entschlusslosigkeit und der Wunsch, es sich in dem bisherigen System so lange wie möglich behaglich einzurichten.“⁴¹

Die politische Stimmung wendete sich zunehmend in Richtung „Regierungswechsel“ in Bonn. Und auch in den Bundesländern wurde es für die FDP schwierig; die Liberalen verpassten im Frühjahr und Herbst in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt knapp, in Bayern sehr deutlich den Einzug in die jeweiligen Landtage. Bei der Bundestagswahl im September 1998 wurde dann die schwarz-gelbe Bundesregierung abgewählt. Die FDP erreichte nur noch 6,2 Prozent der Stimmen und begann – nach 29 Jahren andauernder Regierungsbeteiligung – ihre elf Jahre als „putzmuntere Opposition“, so der Begriff, der dem damaligen FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle zugeschrieben wird.⁴²

Die Rolle Wolfgang Gerhardts veränderte sich in der neuen politischen Konstellation deutlich. Die FDP befand sich nun in der Opposition, die Arbeit für Partei und Fraktion wandelte sich. Nach fast drei Jahrzehnten ununterbrochener Mitwirkung in der Bundesregierung, in der die tägliche und die langfristige politische Agenda wesentlich durch die Schwerpunktsetzungen der Regierungstätigkeit bestimmt worden waren, mussten eigene, zwischen Partei und Bundestagsfraktion synchronisierte Inhalte gesetzt werden. Zudem richtete sich das politische Interesse der Medien nun auf die neuen Koalitionsparteien SPD und Grüne, so dass es für die FDP notwendig wurde, in der Opposition alles zu tun, die öffentliche Aufmerksamkeit durch eigene Aktionen hoch zu halten. Um in der für die Partei angespannten Situation die Kräfte zu bündeln, beanspruchte Wolfgang Gerhardt neben dem Parteivorsitz auch den Vorsitz der Bundestagsfraktion für sich. Die Grundlinien für eine konstruktive Oppositionsarbeit steckte er dann in seiner Rede auf dem Dreikönigstreffen

39 Freie demokratische korrespondenz vom 4.4.1997, Ausgabe 60. Hrsg. vom Presseamt der Freien Demokratischen Partei.

40 Freie demokratische korrespondenz vom 8.4.1997, Ausgabe 62.

41 Wolfgang Gerhardt: Es geht. Wir haben alle Chancen. München 1997, S. 197.

42 Zum Beispiel Franz Walter: Ende einer anstrengenden Ära. In: Der Spiegel vom 3.4.2011; <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/westerwelles-rueckzug-ende-einer-anstrengenden-aura-a-754772.html>> (9.6.2025).

der FDP im Januar 1999 ab. „Wir sind Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Wir sind darauf programmatisch und personell vorbereitet.“⁴³ Und das Programm, das er bei dieser Rede skizzierte, war ambitioniert: „Wir werden Lösungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Feldern für unser Land voranbringen [...]. Wir erheben einen umfassenden Anspruch zur Gestaltung der Politik in Deutschland.“ Und er schloss mit den Worten: „Alles in allem haben wir beste Voraussetzungen, uns zu mausern. Nutzen wir 1999 ohne Koalitionsschere im Kopf, angriffslustig und kämpferisch, anspruchsvoll in unseren Themen und intellektuell auf der Höhe der Zeit und mit guter Laune.“

Gestalten und moderieren – das waren Gerhardts vornehmliche Aufgaben in diesen Zeiten. Gleichzeitig konnte er in der neuen Rolle noch stärker als zuvor seine Leidenschaft für politische Grundsatzarbeit ausleben und noch deutlicher als vorher seine außenpolitischen Ambitionen vorantreiben. Als Fraktionsvorsitzender musste er sich zwangsläufig auch in internationalen Fragen politisch positionieren; er führte vermehrt Gespräche mit internationalen Partnern und pflegte seine entsprechenden Kontakte, zum Beispiel regelmäßig in den USA.

Wolfgang Gerhardt führte Partei und Bundestagsfraktion mit Ruhe und der ihm eigenen Gelassenheit auch in schwierigen Situationen durch die ersten Jahre als Opposition. Allerdings begannen schon hier die Diskussionen darüber, ob sein Führungsstil optimal geeignet war, der FDP in den Jahren eines von Öffentlichkeit und Medien durchaus mit Sympathie und Lob gesehenen rot-grünen „Projekts“ die notwendige Aufmerksamkeit und Durchschlagskraft zu verschaffen. Insbesondere der umtriebige und mit den Klaviaturen der neuen Mediengesellschaft bestens vertraute Generalsekretär Westerwelle forderte immer wieder, intern, aber auch andeutungsweise offen, eine andere Art der Öffentlichkeitsarbeit ein.

Nach schlechten Wahlergebnissen der FDP bei der Europawahl und mehreren Landtagswahlen 1999 brachte das Jahr 2000 eine Konsolidierung, mit guten Ergebnissen und deutlichen Zugewinnen bei Landtagswahlen, auch gegründet auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Partei und Bundestagsfraktion. Gleichzeitig wuchsen die öffentliche Kritik an der rot-grünen Bundesregierung und die Nervosität innerhalb der Koalition. Es schien nicht ganz unwahrscheinlich, dass die nächste Bundestagswahl 2002 einen Wechsel bringen könnte, möglicherweise auch eine Rückkehr der FDP in die Regierung.

43 Rede auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart, 6.1.1999. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt (wie Anm. 4), S. 305–316, hier S. 312, auch für die folgenden Zitate.

Mit der Diskussion um die hierfür notwendige Wahlkampfstrategie wurde innerhalb der FDP die Kritik an Gerhardts Führungsstil forciert, insbesondere aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.⁴⁴ Seine spezielle Art, Politik zu betreiben, schien plötzlich veraltet, überholt und bei der immer rasanten Entwicklung in der Medienwelt nicht mehr zielführend. Im Januar 2001 verständigten sich Gerhardt und Westerwelle darauf, dass beim anstehenden Bundesparteitag letzterer anstelle Gerhardts für den Parteivorsitz kandidieren solle, Gerhardt aber den Vorsitz der Fraktion weiterführe. Rechtzeitig zur Wahl 2002 sollte die neue Führung installiert und arbeitsfähig sein.

7. Trennung von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz

In seiner Arbeit als Vorsitzender der Bundestagsfraktion nahm Wolfgang Gerhardt zwar unverändert starken Einfluss auf die Politik der FDP, aber nach dem Wechsel im Parteivorsitz hatte Guido Westerwelle eindeutig die Führung inne. Dies äußerte sich insbesondere in der Strategie und der Planung des Bundestagswahlkampfes 2002, in der die FDP das so genannte „Projekt 18“ verfolgte. Damit einher gingen spezielle, für die FDP bis dahin eher ungewöhnliche Wahlkampfmaßnahmen, die allesamt das Ziel hatten, mit besonderen Mitteln politischer Kommunikation die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Liberalen zu lenken. Dies trug dann der FDP im Vorfeld der Wahl Kritik in den Medien, danach auch den Vorwurf eines „Spaßwahlkampfes“ ein.⁴⁵ Wolfgang Gerhardt fremdelte mit dieser Art der Wahlkampfführung. Sie entsprach nicht seinem Stil, Politik zu betreiben, und das äußerte er auch öffentlich.

Die politische Lage erhielt durch die Anschläge auf das World Trade Center in New York im September 2001 eine neue Dynamik. Auch der Wahlkampf wurde durch die Geschehnisse massiv beeinflusst. Plötzlich stand das Thema Außen- und Sicherheitspolitik ganz oben auf der Agenda, und es war nur noch wenig Raum für Spaß-Elemente. Das Hochwasser in Ostdeutschland im Sommer 2002, bei dem sich Bundeskanzler Gerhard Schröder geschickt als „Krisenkanzler“ inszenieren konnte, änderte schließlich die Stimmung im Land.

Wolfgang Gerhardt war für den Fall einer schwarz-gelben Koalition nach der Wahl 2002 als Außenminister im Gespräch gewesen. Das Wahlergebnis

44 Dazu Dittberner: Die FDP (wie Anm. II), S.III; Falter: Der beste Außenminister (wie Anm. 4), S. 458 f.

45 Zum Beispiel „Der geplatzte Traum von der 18“. In: Der Spiegel vom 20.3.2003; <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-der-geplatzte-traum-von-der-18-a-230041.html>> (9.6.2025). Zusammenfassend Dittberner: Die FDP (wie Anm. II), S. III.

fiel jedoch anders aus als erwartet: Die FDP blieb deutlich unter den angepeilten 18 Prozent, die rot-grüne Koalition konnte mit knappem Vorsprung vor Union und FDP weitermachen. Gerhardts Ambitionen zerschlugen sich dadurch. Aber auch das war ein Kennzeichen seiner Art, Politik zu betreiben: Er machte unverdrossen weiter, auch nach dieser Enttäuschung. Die rot-grüne Regierungskoalition, mit deren Ende nicht Wenige bei der Wahl gerechnet hatten, geriet immer mehr ins Schlingern. Über wichtige Regierungsprojekte gab es zwischen den Parteien, aber auch innerhalb der Koalition Streit, und mehr und mehr verlor Bundeskanzler Schröder an Unterstützung. Im Mai 2005, nach einer für die SPD deftig verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, kündigte Schröder an, den Weg für Neuwahlen im September des gleichen Jahres freimachen zu wollen.

Auf diese Situation waren die Liberalen durch ihre Arbeit im Parlament und das harmonische Zusammenspiel zwischen Fraktion und Bundespartei gut eingestellt. Die Chancen für eine Regierungsbeteiligung standen laut vielen Meinungsumfragen im Frühsommer 2005 gut, und wie bereits 2002 war Gerhardts dann als Außenminister vorgesehen. „Es gilt die Kontinuität zu wahren, aber auch neue Schwerpunkte zu setzen. Menschen- und Bürgerrechte, transatlantische Beziehungen, Europa, Entwicklungspolitik, die UN-Reformen sowie Antworten auf die neuen globalen Bedrohungen für Mensch und Umwelt“, sagte er in seiner stark außenpolitisch geprägten Rede beim Bundesparteitag im September 2005 in Berlin.⁴⁶

Ein Wahlsieg von Union und FDP und eine gemeinsame Regierung schienen in den Monaten vor der Wahl 2005 gut möglich, manchen sogar wahrscheinlich. Man sprach von einer „Wunschkoalition“. Am Wahlabend aber kam es anders: Zwar gewann die FDP ordentlich hinzu, die Union aber verlor an Stimmen – es reichte nicht für eine gemeinsame Regierung. Und erneut blieb Wolfgang Gerhardt das Amt des Bundesaußenministers verwehrt, das ihm viele Beobachter zugetraut hatten.⁴⁷

Nachdem aufgrund des Wahlergebnisses die FDP in der Opposition blieb, meldete der Parteivorsitzende Westerwelle sein Interesse an einer Übernahme auch des Vorsitzes der Bundestagsfraktion an, um die Arbeits- und Abstimmungsstrukturen der Liberalen auf Bundesebene zusammenzuführen, so wie es auch Wolfgang Gerhardt 1998 getan hatte. Nach Diskussionen innerhalb der Fraktion einigte man sich darauf, dass Gerhardt ein weiteres Jahr an der Spitze der Bundestagsfraktion bleiben, danach aber auf den Vorstandsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung wechseln solle.

46 Dittberner: Die FDP (wie Anm. 11), S. 384.

47 Hierzu Falter: Der beste Außenminister (wie Anm. 4), S. 454 ff.

Die schwierige Zeit nach der nicht erfolgreich absolvierten Bundestagswahl nutzte Gerhardt, um die in Teilen neue Bundestagsfraktion „auf den Weg“ zu bringen. Im Mai 2006 erfolgte vereinbarungsgemäß der Amtswechsel. Gerhardt fungierte nur noch als „einfacher Abgeordneter“; seine Reden im Deutschen Bundestag betrafen verstärkt Grundsatzfragen und Debatten zur deutschen Geschichte.

8. Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung

Nach seiner Wahl zum neuen Vorstandsvorsitzenden durch das Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung im Mai 2006 leitete Wolfgang Gerhardt frühzeitig eine Neustrukturierung und inhaltliche Fokussierung der Stiftung ein. Seine Vorstellungen zur Arbeit der Stiftung, maßgeblich auch im von ihm hoch geschätzten Bereich der internationalen Politik, feilte er sorgsam zurecht. Seine Stiftungstätigkeit startete er mit dem „Mut zur Veränderung“, wie es sein Vorstandskollege Wolf-Dieter Zumpfort in einer Würdigung schrieb.⁴⁸ In dem Gedanken, dass die Stiftung bei aller Qualität ihrer Arbeit ihr tatsächliches Potenzial nicht ausschöpfte, entwickelte Gerhardt, gemeinsam mit Ratgebern aus den Gremien der Stiftung, Ideen und Konzepte zur Neuausrichtung.

„Freiheit“ war schon lange Wolfgang Gerhardts Kernthema gewesen. In vielen Reden und Publikationen hatte er seinen Begriff von Freiheit definiert.⁴⁹ Spätestens als führender Repräsentant der Friedrich-Naumann-Stiftung hatte er nun die Gelegenheit, ohne parteipolitische oder parlamentarische Zwänge seine ganz grundsätzliche Auffassung von Freiheit durchzudeklinieren. Ein wichtiger, und zugleich in der Durchsetzung schwieriger Punkt war dabei die Ergänzung des Namens der Stiftung durch die Worte „für die Freiheit“. „Wir müssen aufpassen, dass das Bewusstsein für die Gefährdung von Freiheit nicht ganz verloren geht“, hatte Gerhardt am 14. Mai 2006 in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ gesagt – und die Stiftung war für ihn der richtige Ort, das klarzumachen. „Die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung muss darauf reagieren“, schrieb er in einem internen Papier, „und verstärkt den Wert der Freiheit und ein Bewusstsein für ihre Gefährdungen bei den Bundesbürgern neu verankern.“ Es sei „nur folgerichtig, dass sich

48 Wolf-Dieter Zumpfort: Für die Freiheit – Eine persönliche Rückschau. In: Für die Freiheit. Festschrift für Dr. Wolfgang Gerhardt zum 75. Geburtstag. Hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Potsdam 2018, S. 78 ff., hier S. 84.

49 Zum Beispiel „Liberalen dürfen keine Patina ansetzen“. In: Wolfgang Gerhardt: Freiheit und Verantwortung. Reden und Aufsätze. Wiesbaden 1992, S. 7 ff.

die Stiftung im Namen dazu bekennt und deutlich macht, dass sie und keine andere die Stiftung für die Freiheit ist.“

Die Arbeit bei der Stiftung unterschied sich von dem, was Gerhardt in den Jahrzehnten zuvor gemacht hatte: Weg vom Tagesgeschäft, weg von der schnellen politischen Reaktion, nicht mehr in der Zwangsjacke parlamentarischer Verfahrensvorschriften oder parteitaktischer Zwänge, stattdessen hin zu grundsätzlicher Arbeit im Rahmen eines Think Tanks. Gerhardt erweiterte diesen Anspruch der Stiftung, nicht aus Kalkül, sondern aus seinem Naturell heraus, Politik ganzheitlich und wertebasiert zu sehen. In seiner Jugend hatte er den Berufswunsch gehabt, Journalist oder Schriftsteller zu werden. In der neuen Funktion kam er nun auch wieder verstärkt dazu, selbst zu schreiben und sich mit ausführlichen Stellungnahmen zu politischen Fragen zu Wort zu melden. „Freiheit und Fairness“ hieß eine der Schriften, die er vorlegte und danach immer wieder überarbeitete, „Freiheit und Verantwortung“ eine andere. Das Grundsätzliche bewegte ihn, und seine Texte beschäftigten sich mit den Herausforderungen der Freiheit angesichts aktueller Probleme. Nicht umsonst hieß eine weitere Publikation, eher eine Gedankensammlung zur wiederholten Bearbeitung als ein konzises Manifest, ganz einfach: „Was jetzt zu tun ist“.

9. Krise und Wiederaufstieg des politischen Liberalismus nach 2013

Das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag nach der Bundestagswahl 2013 stellte auch die Stiftung vor existenzielle Probleme. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik fehlte mit der Bundestagsfraktion eine bedeutende Stimme liberaler Politik, und ein nochmaliges Scheitern der FDP bei der nachfolgenden Wahl hätte möglicherweise die Stiftung in ihrer Existenz bedrohen können. Schnell musste man also in eine neue Rolle finden, die Wolfgang Gerhardt vor den Gremien darin beschrieb, „einen wahrnehmbaren Beitrag zur Renaissance des politischen Liberalismus in Deutschland zu leisten“.

Unter Gerhardts Vorstandsvorsitz wurden in den Gremien der Stiftung umfassende Maßnahmen für eine Steigerung der Effizienz der Stiftungsarbeit beschlossen. Leistungsfähige Strukturen in der politischen Bildungsarbeit waren ein Ziel, befördert auch durch eine deutlich wachsende Zahl an Kooperationspartnern und vernetzten Institutionen. Die Kommunikationsstruktur wurde zielgerichtet ausgebaut und auch verstärkt digital ausgerichtet. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit Breitenwirkung wurden initiiert und verstetigt. Ein weit gefasstes und eng gesponnenes Netzwerk in der internationalen Ar-

beit wurde geknüpft und gepflegt. Die Herausforderungen wurden angenommen und gemeistert. „Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vertritt die Freiheit“, sagte Gerhardt in seiner Abschiedsrede als Vorstandsvorsitzender, „und sie gibt nie auf“.⁵⁰

Am 25. September 2018 übergab er den Vorsitz an den früheren Finanzminister von Sachsen-Anhalt und Wirtschaftswissenschaftler Karl-Heinz Paqué und konnte dabei auf die bis dahin längste Amtszeit eines Vorstandsvorsitzenden der Stiftung zurückblicken.

10. Was bleibt?

Eine Würdigung der politischen Arbeit Wolfgang Gerhardts kommt nicht umhin, auch diejenigen anzuführen, die von ihm als Person und/oder als Politiker nicht überzeugt waren. Von Beginn an begegnete Gerhardt einer Reihe von Vorurteilen, die zum Teil auch in den eigenen Reihen bewusst gestreut und befeuert wurden. Für viele blieb das verschlossen, was Gerhardt täglich umtrieb: das Gefühl, oder die Meinung, dass sich zu viele Menschen nicht mehr die Mühe des Nachdenkens machten, dass sie zu wenig lasen, zu wenig in großen Zusammenhängen dächten. Er war in seiner politischen Arbeit nicht auf den schnellen Effekt aus, wollte nicht nur Schlagzeilen produzieren, schnell dahingeworfene, auf den Boulevard zielende Bonmots oder gar persönliche Angriffe und Sottisen. Stattdessen versuchte er, die Probleme, vor denen das Land stand, zunächst gedanklich zu durchdringen und dann mit seiner Auffassung von Freiheit abzugleichen.

Das Bürgerliche als Grundprinzip des politischen Habitus von Wolfgang Gerhardt war weitestmöglich entfernt vom spießbürgerlichen Auftreten der so genannten „Alternative für Deutschland“. Die Verächtlichmachung einer gepflegten Bürgerlichkeit im Gerhardtschen Sinne als langweilig oder nicht mehr zeitgemäß hat allerdings zusammen mit einer gewissen De-Intellektualisierung der Politik zum Erstarken der Populisten von rechts beigetragen.

Von den Kritikern wird oft übersehen, dass in Gerhardts politischer Palette nicht nur liberal-konservative Farben vorhanden waren. Es gab auch deutliche soziale Komponenten und gesellschaftspolitische Überzeugungen, die in seiner eigenen Geschichte begründet waren, sein Menschenbild geformt hatten und die Vielen vielleicht eher als „links“ galten. „Denn es ist niemand wirklich frei“, so Gerhardt auf dem Bundesparteitag 1996, „nur weil er nicht arm ist.“

50 Rede auf dem Festakt der Friedrich-Naumann-Stiftung, 24.9.2018. In: Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt. (wie Anm. 4), S. 446–453, hier S. 451.

Frei ist erst jemand, wenn er sozial an Freiheit teilhaben und diese auch nutzen kann“.⁵¹ Hier scheint der Kanon des sozialen Liberalismus im Erbe von John Stuart Mill oder Ralf Dahrendorf und im Sinne der Freiburger Thesen des Jahres 1971 klar durch. Sein Ansatz war ein bildungsbürgerlicher Liberalismus, weshalb er auch schrieb: „Wer nicht ein Mindestmaß an historischem Wissen in der Schule angeboten bekommt, wird Probleme bei der Bewertung von Entwicklungen haben und sich nur schwer in Deutschland und der Welt zurechtfinden.“⁵² Gerhardt hatte viele Klassiker gelesen, von Goethe über Schiller oder Lessing und den Manns bis Flach, Dahrendorf, Maihofer oder auch Sloterdijk, konnte sie aus dem Kopf zitieren und eignete sich auch immer noch neue Seiten der Diskussion um Freiheit an, wie John Rawls oder Wolfgang Kersting. Sein Thema war die Freiheit in allen ihren Schattierungen, in allen ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und auf allen politischen Feldern.

Wolfgang Gerhardt starb am 13. September 2024 in Wiesbaden. Den Bruch der „Ampelkoalition“ und das Ergebnis der Bundestagswahl 2025 hat er nicht mehr miterlebt. „Die Freiheit ist noch nicht gewonnen“, hatte er immer wieder gemahnt.

51 Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Karlsruhe (wie Anm. 36), S. 214.

52 Gerhardt: Es geht (wie Anm. 43), S. 163.